

KGB in der Offensive

Die kommunalen Galerien der Berliner Bezirke kämpfen um ihre Existenz – mit Erfolg

Kaum jemand weiß das: Kommunale Galerien gibt es in Berlin bereits seit 1948. Es sind Orte, die von den Bezirken betrieben und finanziert werden, um nichtkommerzielle Räume für Kunst unterschiedlichster Art zu schaffen. Sie stehen damit nicht unter dem Verwertungsdruck des Kunstmarkts und bieten Raum für Experimente, für die Förderung noch unbekannter Künstler, auch für regionale städtische und soziale Themen, für kulturelle Bildung – und vor allem für ein sehr heterogenes Publikum: Weil es keine elitären, »exklusiven« Orte sind, sondern weil sich hier viele begegnen und miteinander kommunizieren können.

Doch spätestens seit Ende der 90er Jahre standen auch die kommunalen Kulturinstitutionen unter immer größerem Druck: Grund waren zum einen die Kürzungs- und Sparhaushalte, die der Senat den Bezirken vorgab. Zum anderen verließ sich der damalige Kultursenat eher auf den »freien Markt«: Angesichts der explodierenden neuen Berliner Kunstszene mit privaten Galerien und freien Kulturprojekten insbesondere in der Innenstadt fand man Kommunalkultur wohl zu wenig spektakulär und verzichtbar. Die Bezirke wiederum, unter Kürzungsdiktat gestellt, hatten meist nur noch wenige Möglichkeiten, Ausgaben einzusparen: Und da Kultur nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehört (wie Sozialhilfe oder Wohngeld), wurden hier immer mehr Mittel gekürzt. In der Folge wurden reihenweise kommunale Einrichtungen geschlossen oder Galerien aus Mietobjekten erst umgesiedelt, um sie anschließend auch zu schließen (wie beispielsweise die »Galerie am Scheunenviertel« im Bezirk Mitte). Übersehen wurde dabei auch noch, dass die bezirkliche Förderung freier Kulturprojekte – die gerade in den Ostbezirken nach der Wende aufblühten – völlig unter die Räder kam. Beispielfaßhaft dafür war das »Büro für dezentrale Kulturarbeit Mitte«, das zum bezirklichen Kulturamt gehörte und sich gut vernetzt um die Förderung freier Künstler und Projekte kümmerte: mit Kontakten u.a. zum Atelierbeauftragten, mit Beratung zu Räumen, zu Stipendien und Förderprogrammen sowie dem dezentralen Kulturfonds, ein Fördertopf für die freie Kultur, der aber immer mehr eingedampft wurde. So brachte der Senat selbst einen wesentlichen Anziehungsfaktor, auf den er doch stolz verwies – die freie Kunstszene – in Not. Von Senatseite wurden nun lieber Modemessen und Clubs gepriesen. Nicht nur in Mitte ist die Bilanz für die kommunale Kultur bitter: der Bezirk mit über 300.000 Menschen und zahlreichen Ortsteilen hat Großstadtdimension und verfügt nur noch über drei kommunale Galerien; in anderen Bezirken sieht es nicht besser aus. In ganz Berlin mit inzwischen fast 4 Millionen Einwohnern gibt es noch 29 kommunale Galerien – und es drohten weitere Schließungen: in Lichtenberg, Pankow, Mitte. Deshalb gingen die 29 Galerien im letzten Jahr in die Offensive und schlossen sich zum Verbund »Kommunale Galerien Berlin« zusammen (kurz: KGB, nicht ohne ironischen Unterton). Erstmals seit ihrer Gründung 1948 organisierten sie eine gemeinsame Aktion: Eine KGB-Kunstwoche, die im September 2014 parallel zur internationalen Kunstmesse »Berlin Art Week« stattfand, zeigte die Vielfalt, die Kommunalkultur bietet – quer durch alle künstlerischen Genres.



Zahlen können dies schlecht ausdrücken, dennoch: Innerhalb einer Woche beteiligten sich 278 Künstlerinnen und Künstler, gab es 28 Ausstellungen, 27 Rundgänge, 42 Veranstaltungen (u.a. Workshops, Konzerte, Diskussionsveranstaltungen), mehrere Projekte im öffentlichen Raum. Vier Bustouren führten zu allen kommunalen Kunstorten – auch Tim Renner, seit April 2014 neuer Kulturstaatssekretär des Senats, war mit an Bord.

Seitdem scheint auch politisch etwas Einsicht einzukehren: So hat der Senat einen Ausstellungsfonds für kommunale Galerien eingerichtet, mit 350.000 Euro. Das sind für jeden Bezirk im Großstadtformat nicht viel mehr als 25.000 Euro pro Jahr, ein Tropfen auf den heißen Stein, aber immerhin ... Zusätzlich soll es künftig ein kleines Finanztopfchen für gemeinsame Aktionen der Kommunalkultur zur jährlichen »Berlin Art Week« geben.

In Mitte hat auch der Galerieleiter Ralf Hartmann, einer der »Übriggebliebenen«, der seit vielen Jahren die »Galerie Nord« in der Turmstraße 75 leitet, einiges mitmachen müssen: Umzüge, ständiger Kampf um die Existenz der Galerie, Gründung des Kunstvereins Tiergarten, um nicht ausschließlich von Bezirksfinanzen abhängig zu sein, neben dem laufenden Ausstellungsbetrieb regelmäßig zahlreiche große Kunstaktionen im Gebiet für Moabit (und viele andere Interessierte), mit Moabiter Künstlern.

Nachdem die jahrelange Basisfinanzierung durch Moabiter Quartiersmanagements plötzlich beendet wurde, sprang nun endlich der Bezirk ein. Die politische Entscheidung des Bezirksamts und der Bezirksverordnetenversammlung war einhellig: Das jährliche Moabiter Kunstfestival »Ortstermin« müsse gerettet und langfristig gesichert werden. Fürs erste konnte in diesem Jahr die Grundfinanzierung gesichert werden; überlegt wird nun, eine Sockelfinanzierung fest im Bezirksetzt einzuplanen.

Für eine Neubelebung der kommunalen Kulturarbeit steht auch eine neue Besetzung im Bezirksamt Mitte: Kulturstadträtin Sabine Weißler (Bündnis 90/Grüne) und ihr neu aufgestelltes »Amt für Weiterbildung und Kultur« (Ute Müller-Tischler als Amtsleiterin und andere) sorgen für frischen Wind und fördern neue Konzepte. So wie in der »Galerie Wedding«, die jahrelang am Rathaus Wedding vor sich hindümpelte, als »interkulturelle Galerie« in schönster Lage, nur leider langweilig bespielt und weitgehend besucherfrei. Jedes Mal tat einem das Herz weh, wenn man an diesem schönen, aber untergenutzten Ort vorbeiging. – Bis das Kulturamt ein neues, international besetztes Kuratorenkonzept umsetzte, mit einem afrikanisch-dänischen Team für das Jahr 2015. Auch Ralf Hartmann, der zu einer der ersten Vernissagen kam, war begeistert: »Der Laden war voll und brummt plötzlich!« us



»Preußen am Schlesischen Tor«

Dieter Hoffmann-Axthelm erzählt am Beispiel der Köpenicker Straße 400 Jahre Stadtgeschichte

Von 1982 bis 1989 hat Dieter Hoffmann-Axthelm an diesem ehrgeizigen Werk gearbeitet: an einem Kompendium von 500 Seiten über 400 Jahre Luisenstadt, von 1589 bis 1989.

Der Anspruch des Stadthistorikers war nicht geringer, als die Geschichte Preußens, also einen wichtigen Teil Berliner Geschichte, zu schildern – allerdings erzählt aus der Perspektive »von unten«, anhand der Geschichte einer Straße: der Köpenicker im Herzen der Luisenstadt. Im lokalen Detail will der Autor die politisch-historischen Zusammenhänge und die Entwicklung Preußens spiegeln. Dieter Hoffmann-Axthelms Anliegen war es, den »kleinen Dingen ihre Macht zu lassen«, und anhand dieser die »großen Verhältnisse« zu schildern.

Man muss sich das wie ein akribisches, überaus kleinteiliges Puzzle vorstellen, aus dem sich allmählich größere Zusammenhänge herauskristallisieren. Jahrelang hat der Stadtforscher in Archiven Bauakten gewälzt: Grundbucheinträge, Bauanträge, Lagepläne, Aktenvermerke der Verwaltung, Ackerverzeichnisse. Die Details, so der Hoffmann-Axthelm, seien an sich ja oft sperrig, banal – erst deren vielfältige Verknüpfung, die Herstellung von Zusammenhängen schaffe das interessante Bild.

Im Mittelpunkt steht die vorindustrielle Geschichte des Gebiets – und natürlich die Geschichte der Industrialisierung, die Berlin und Preußen im 19. Jahrhundert prägte. Gerade dieses Gebiet war – auch wegen seiner strategisch wichtigen Lage an der Spree als Transportweg für Bau- und anderes Material – von enormer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt zur Großstadt.

Das Buch folgt nicht strikt der zeitlichen Chronologie, sondern ist thematisch nach entscheidenden Entwicklungsabschnitten geordnet, dabei durchmisst jedes Kapitel die Zeit zwischen 1740 und 1870. Während das erste Kapitel die Entwicklung des Gebiets als Köpenicker Vorstadt und der Köpenicker Straße von der kurfürstlichen

Allee zur städtischen Straße schildert, orientieren sich die Folgekapitel an der vorindustriellen und industriellen Entwicklung: Holzmärkte, die Kattunindustrie mit ihren Bleichen, aber auch Meiereien, »Standesgärten« sowie agrarisches Leben: Ackerbürger und Gartenbau. Später folgten auch Lederverarbeitung und Branntweinfabriken. Das Gebiet ist auch deshalb so prädestiniert für eine solche Geschichtserzählung, weil im Stadtbild trotz des verheerenden Bombardements im Februar 1945 immer noch viele Spuren der Entwicklung lesbar sind.

Weitere Kapitel sind dem Militärstandort gewidmet (vom friderizianischen Kasernenbau über die französische Besetzung unter Napoleon 1806 bis 1813 bis hin zur Restaurationszeit, der Niederschlagung des Arbeiteraufstands 1848 am Luisenstädtischen Kanal und der »Militärmaschine« bis 1870) oder auch den »Baubeamteten«, mithin den Grundstücksentwicklungen.

Die ökonomische, industrielle und städtebauliche Entwicklung wird facettenreich verwoben mit der Darstellung sozialer und politischer Prozesse, mit Berichten über wichtige Persönlichkeiten sowie vielen zeitgenössischen Zitaten und Schilderungen.

Der Autor hat das Buch bereits vor 25 Jahren – noch vor dem Mauerfall – weitgehend fertiggestellt, auf die Nachwendzeit geht er lediglich mit etwas nostalgisch-vorwurfsvoller Distanz ein. Das tut freilich dem Hauptteil, der immensen historischen Recherche keinen Abbruch. Wer sich für die Geschichte der Luisenstadt und Berlins interessiert, sollte sich Zeit für ein solches Standardwerk nehmen. us

Dieter Hoffmann-Axthelm:

»Preußen am Schlesischen Tor – Die Geschichte der Köpenicker Straße 1589–1989«, Berlin Story Verlag, 512 Seiten, 300 Abb., Klappenbroschur, Preis 49,95 €, ISBN 978-3-95723-010-2

Bildvortrag von Prof. Felix Escher (Historiker):

»Vor 70 Jahren – der Luftangriff auf Berlin am 3. Februar 1945«
Zu den schwersten Luftschlägen des Zweiten Weltkrieges gegen Berlin zählte der Angriff am 3. Februar 1945. Bei klarem Wetter wurde von den in vier Wellen anfliegenden ungefähr 900 Maschinen der Alliierten vor allem die an das Stadtzentrum südlich anschließenden Stadtviertel ins Visier genommen – auch die Luisenstadt wurde innerhalb einer guten Stunde zwischen 10.45 und 12.00 Uhr weitgehend verwüstet. Vortrag am Do, 16. April, 18 Uhr, im Stadtteilzentrum DIALOG 101, Köpenicker 101 / Ecke Heinrich-Heine-Straße

Bürgerverein Luisenstadt sucht Fotos!

Die Arbeitsgruppe Geschichte des »Bürgervereins Luisenstadt« sucht alte Fotos aus der Luisenstadt. Besonders interessieren Fotos von Straßenzügen, von Gebäuden, die wegen Krieg oder Sanierung nicht mehr existieren, von Neubauten, Wahrzeichen der Luisenstadt, Szenen aus dem Alltagsleben, besonderer Ereignisse sowie ältere Ansichtskarten. Vielleicht haben Bewohner ja auch historische Postkarten oder Fotos im Familienalbum aus der Zeit vor 1950 gesammelt? Gern können Sie Ihre historischen Bilder (möglichst versehen mit einem kurzen Kommentar und Datum) als Bilddateien schicken. Vielleicht übernimmt das auch jemand aus der Familie oder Nachbarschaft. Die E-Mailadresse lautet buero@buergerverein-luisenstadt.de. Oder schreiben Sie eine kurze Nachricht, wenn Sie Ihre Fotos persönlich zeigen möchten, der Bürgerverein nimmt dann Kontakt mit Ihnen auf: Bürgerverein Luisenstadt, Michaelkirchstraße 2, 10179 Berlin.